

Bundesamt für Energie
Papiermühle
3003 Bern

5 Mai 2017

Kontaktperson — Christian Bircher
Telefon direkt 041 618 02 34
e-mail c.bircher@kfn-ag.ch

Stellungnahme des KFN Kabelfernsehen Nidwalden AG zum ersten Massnahmenpaket zur Energiestrategie 2050

Sehr geehrte Damen und Herren

Wir danken Ihnen, dass wir die Gelegenheit erhalten, zum ersten Massnahmenpaket zur Energiestrategie 2050 Stellung zu beziehen und erlauben uns, die einzelnen Gesetzestexte direkt in diesem Schreiben abzuarbeiten.

Generelle Bemerkungen

Die Energiestrategie 2050 ist der falsche Weg zum richtigen Ziel. Statt auf den umsichtigen Umbau der Energiesysteme setzt sie auf das Prinzip Hoffnung und gefährdet so die Versorgungssicherheit. Die damit verbundenen Kostenfolgen sind unabsehbar und werden durch den Ausbau der Bürokratie noch verstärkt.

Das KFN Kabelfernsehen Nidwalden AG befürwortet den grundlegenden Umbau der Energiesysteme in der Schweiz. Dazu gehören insbesondere der geordnete Ausstieg aus der Kernenergie und die vermehrte Nutzung von erneuerbaren Energien im Inland. Das Gesetzespaket, das am 21.5.2017 zur Abstimmung gelangt, beinhaltet jedoch Elemente, die nichts mit einer solidarischen und sicheren Energieversorgung zu tun haben. Die Kernpunkte lassen sich wie folgt zusammenfassen:

- Es fehlt das Konzept, wie die wegfallenden Inland-Produktionskapazitäten zuverlässig ersetzt werden sollen.
- Auf die Steigerung der Stromimporte zu setzen, erhöht die Abhängigkeit vom Ausland und ist im Rahmen der neuesten Entwicklungen betreffend den EU-Strom-Binnenmarkt äusserst fragwürdig und kaum realisierbar.
- Die Verbesserung der Energieeffizienz birgt wohl viel Potential. Die Realität zeigt aber, dass die Effizienzerfolge meist durch neue zusätzliche Anwendungen überkompensiert werden. Die Annahme, wonach der Stromverbrauch im Zeitraum 2015 - 2020 zu stabilisieren ist, wird kaum erfüllt werden können.

- Die Entwicklungssprünge bei der Speichertechnologie werden als gegeben und planbar vorausgesetzt. In Wirklichkeit ist die Speichertechnologie noch bei Weitem nicht masstauglich und wird dies auch über einen grösseren Zeitabschnitt nicht sein. Die Energiestrategie 2050 bringt somit eine Verschlechterung der Versorgungssicherheit mit kaum abschätzbaren Kostenfolgen.
- Die massive Ausweitung der Eigenverbrauchsregelung bringt reine Entsolidarisierung. Gewisse Kunden werden davon profitieren können. Der Grossteil der Endkunden (Haushalte, Industrie und Gewerbe) wird jedoch tiefer in die Tasche greifen müssen, weil die Netzkosten überproportional auf sie abgewälzt werden. Dies widerspricht dem Grundanliegen des Gesetzgebers, wonach Strompreise verursachergerecht sein müssen.
- Die Ablösung der KEV durch das EVS bedeutet für Anlagenbesitzer grosser PV-Anlagen, dass die vom Staat für 25 bzw. 20 Jahre zugesicherte Vergütung ab 1.1.2019 nicht mehr gesichert ist. Das Vorgehen stellt die Rechtssicherheit in der Schweiz in Frage und ist abzulehnen.
- Die neuen Gesetze und die dazugehörenden Verordnungsanpassungen haben einen Umfang von deutlich über 300 Seiten. Sie haben eine massive Überregulierung zur Folge.

Wir erlauben uns, zu den einzelnen Verordnungen wie folgt Stellung zu beziehen:

1. Energieverordnung

Kapitel Herkunftsnachweise

- Keine Bemerkungen

Kapitel Einspeisung Energie und Eigenverbrauch

- Art. 13: Der Begriff ‚gleichwertige Energie‘ ist für PV-, Wind- und Biomassen-Energie nicht definiert. Begründung: Die PV-, Wind- und Biomassen-Energie wird stochastisch ins Netz eingespeist. Ein Vergleich mit zeitlich- und leistungsbestimmter Energie ist nicht möglich.
- Art. 15: Der Ort der Produktion ist zu wenig genau beschrieben. Bei einer parzellenübergreifenden Versorgung entfällt mindestens ein Anschluss des versorgenden EVU. Der buchhalterische Restwert des nicht mehr benötigten Anschlusses muss durch den Grundstückbesitzer dem EVU entschädigt werden. Leistungsbezogene Anschlussgebühren hingegen sollen nicht rückvergütet werden.
- Art 16: Die Mindestleistung von Eigenerzeugungsanlagen für den Aufbau einer Eigenverbrauchsgemeinschaft ist auf mindestens 20% der Anschlussleistung festzulegen.
- Art. 17: Der Ort der Produktion ist via den Anschlusspunkt zu definieren. Am Grundsatz ‚pro Grundstück nur ein Anschluss‘ ist festzuhalten. Parallelinfrastrukturen sind zu vermeiden, da sie zu nicht amortisierbaren Investitionen führen.
- Art. 18: Die notwendigen Bestimmungen betreffend die Stromkennzeichnung sind zu ergänzen. So soll es nicht möglich sein, aus dem Netz den Speicher zu beladen und danach die gespeicherte Energie mit einem anderen HKN zurück zu speisen oder im Rahmen einer EVG zu verrechnen.

2. Energieförderungsverordnung

Generelle Aussagen zur Energieförderungsverordnung:

- Die Energieförderungsverordnung ist generell abzulehnen.
- Die Fördermodelle sind sehr komplex aufgebaut.
- Eine Befristung des neuen EVS auf fünf Jahre ist aus unserer Sicht sehr wichtig, gilt es doch, die Subvention von Energiesystemen möglichst rasch abzubauen und die Anlagen dem Markt zu übergeben. Dabei sind aber eingegangene Verpflichtungen im Rahmen der KEV im Sinne der Besitzstandwahrung beizubehalten.
- Wir verweisen auf die Pflicht der Gesetzesbeständigkeit im Hinblick auf die Inbetriebnahme von PV Anlagen. Die Vorschläge verstossen in dieser Hinsicht gegen Treu und Glauben.
- Der administrative Aufwand für Netzbetreiber und Bilanzgruppenführer sowie für das Bewilligen der Förderbeiträge wird sehr aufwändig und damit sehr teuer. Sie stehen in keinem Verhältnis zu den Fördermitteln.
- Die Überführung von bereits bewilligten und in Betrieb genommenen Anlagen vom KEV ins EVS erscheint uns unter dem Thema ‚Besitzstandwahrung‘ als sehr problematisch. Dem Anlagenbesitzer werden für einen Zeitraum von 25 bzw. 20 Jahren zugesicherte KEV-Entschädigungen entzogen und durch das neue EVS-System ersetzt, welches tiefere Entschädigungen vorsieht.

Kapitel 1: Allgemeine Bestimmungen

- Art. 7: Auf die Unterteilung von ins Gebäude integrierter Anlagen und Aufbauanlagen ist zu verzichten. Die minimalen Mehrkosten für integrierte Anlagen rechtfertigen einen erhöhten Förderbeitrag nicht mehr.
- Art. 8: Die Definition ‚kleine Anlagen‘, welche zwingend der EIV zugewiesen werden, ist von 2 kW bis 200 kW zu erweitern. Damit kann die Anzahl EVS-berechtigter Anlagen reduziert und damit der administrative Aufwand für die Abwicklung der KEV bzw. EVS deutlich vermindert werden. Grosse Anlagen sollen entsprechend 201 kW bis 50 MW haben.
- Art. 9: Die Maximalleistung von 100 kW für den EIV-Zwang ist auf 200 kW zu erhöhen. Damit kann die Anzahl EVS-berechtigter Anlagen reduziert und damit der administrative Aufwand für die Abwicklung der KEV bzw. EVS deutlich reduziert werden. Das Wahlrecht über EIV oder EVS ist entsprechend ab 200 kW zu gewähren.

Kapitel 2: Einspeisevergütungssystem

- Art. 14: Die Ausweitung der Maximalleistung für EIV ist mit neu 100 kW zu tief angesetzt. Die EIV soll zwingend auf Anlagen bis 200 kW angewendet werden. Diese Erhöhung der maximalen EIV-berechtigten Leistung würde eine massive Vereinfachung des Systems mit sich bringen.
- Art 15: Anlagen nach bisherigem Recht sollen grundsätzlich Anrecht auf den Besitzstand haben. Die Vorschläge verstossen in dieser Hinsicht gegen Treu und Glauben.
- Art 15, Abs. 2: Grossanlagen nach bisherigem Recht sollen aufgrund der damals zugestanden KEV-Entschädigung nicht verpflichtet werden, die Energie selber zu vermarkten. Dies würde einen massiven Einschnitt in den Investitionsschutz im Rahmen der KEV bedeuten. Die Anlagen sind, wie damals festgelegt, im Rahmen der KEV bis zum definierten KEV-Vergütungsende nach dem damals vereinbarten Vergütungssatz nach dem Prinzip der Besitzstandswahrung zu entschädigen.

Kapitel 3: Allgemeine Bestimmungen zur Einmalvergütung und zu Investitionsbeiträgen

- Art. 35: Die EIV ist für Anlagen mit erstmaligem KEV-Zuschlag nicht zu gewähren. Damit würde eine Doppelförderung ermöglicht.
- Art 37: Die Mindestanforderung ist in $\text{kWh}_{\text{Jahr}}/\text{kW}_p$ als genereller minimaler Wert anzugeben. z.B. $800 \text{ kWh}_{\text{Jahr}}/\text{kW}_p$.
- Art 38: Die Förderbeiträge sind grundsätzlich an Minimal-Jahresproduktionen in kWh/kW_p zu verknüpfen, womit eine angemessene Produktionsqualität gewährleistet werden kann. Damit kann die Förderung von wenig produktiven Anlagen (z.B. Norddächer) verhindert werden. Bei Unterschreitung der minimalen Jahresproduktionsmenge soll der Förderbeitrag zurückgefordert werden.
- Art.40: Die EIV ist als hauptsächliches Fördersystem zu installieren, bietet es doch den geringsten administrativen Aufwand.
- Art 42, Abs. 3: Die Ansätze für integrierte Anlagen ist dem gesamten Leistungsspektrum der angebauten bzw. freistehenden Anlagen anzugleichen. Eine Sonderförderung der eingebauten Anlagen ist aufgrund der marginalen Preisdifferenz nicht nachvollziehbar und ist abzuschaffen.

Kapitel 5, Abschnitt 5: Bemessungskriterien

- Artikel 67: Die pauschale Anrechnung der Betriebskosten im Umfang von 2% ist, gemessen an den effektiven Betriebskosten, viel zu tief. Die effektiven Kosten liegen im Bereich von 6 - 8% der Investitionskosten.

Kapitel 7: Marktprämie für Grosswasserkraft:

- Art. 94: Auf die Marktprämie von KEV- und EVS-Anlagen ist zu verzichten, da diese Anlagen bereits gefördert werden.

3. Energieeffizienzverordnung

Das KFN Kabelfernsehen Nidwalden AG ist von der Gesetzesvorlage weder direkt noch indirekt betroffen. Zu den vorgeschlagenen Anpassungen hat das KFN Kabelfernsehen Nidwalden AG deshalb keine Ergänzungen und Bemerkungen.

4. Totalrevision der Herkunftsnachweisverordnung

Generelle Bemerkungen:

Der Umbau des HKN-Systems führt zu einem umfangreichen Mehraufwand für die Administration und damit zu übermässigen Kosten, welche durch die Händler bzw. den Netzbetreiber zu tragen sind. Das System soll deshalb im bisherigen Umfang beibehalten werden.

Der Aufbau von zusätzlichen Stellen beim BfE für die Führung der Vollzugsstelle und für Überprüfungen, sowie die Verrechnung der Kosten lehnen wir grundsätzlich ab.

5. Teilrevision der Kernenergieverordnung

Der Grundsatz eines ‚Denkverbots‘ für Kernenergie-Anlagen ist zu verwerfen. Mit diesem Ansatz werden jegliche Entwicklungen, auch für bestehende Anlagen, verhindert. Die Verordnung drückt damit eine sehr kurzsichtige Haltung des Gesetzgebers aus. Die Streichungen der Artikel sind aufzuheben.

6. Teilrevision der Stromversorgungsverordnung

Kapitel

- Artikel 3a, Netzanschluss: Der Ort der Produktion ist via den Anschlusspunkt zu definieren. Am Grundsatz ‚pro Grundstück nur ein Anschluss‘ ist festzuhalten. Parallelinfrastrukturen sind zu vermeiden, da sie zu nicht amortisierbaren Investitionen führen.
- Artikel 8c: Die EVU betreiben heute umfangreiche Regelsysteme zur Steuerung der Energie und zur Sicherstellung der Versorgungssicherheit. Die Unterstellung dieser Anlagen unter Artikel 8c hätte massive Auswirkungen auf die Versorgungssicherheit des Netzbetriebs. Die Umsetzung wäre zudem mit einem massiven administrativen Aufwand verbunden. Der Artikel 8c ist aus der Sicht des Besitzstands vollumfänglich zu streichen.
- Artikel 18, Abs. 1: Die Ergänzung ‚Bei Endverbrauchern mit einer Anschlussleistung bis 15 kVA ist nur eine Kundengruppe zulässig‘ ist ersatzlos zu streichen.
- Artikel 18, Abs. 2: Der Artikel 18, Absatz 2 ist ersatzlos zu streichen, im Minimum ist der bisherige Wortlaut weiter zu verwenden.

Übergangsbestimmungen

- Artikel 31, Abs. 1: Die Umsetzungsdauer für intelligente Messsysteme ist auf 10 Jahre mit einem Umsetzungsanteil von 80% realisierbar. Die vorgeschlagene Umsetzungsdauer von 7 Jahren und 100% ist entsprechend auf 10 Jahre und 80% anzupassen.
- Artikel 31, Abs. 4: Die bisher eingesetzten Steuer-, Regel- und Messeinrichtungen sollen weiterhin ohne Einflussnahme des Endverbrauchers verwendet werden können. Die Regelsysteme des Netzes für einen stabilen Netzbetrieb verlangen aus physikalischen Gründen die Schaltung von speziellen Endgeräten. Der Absatz *solange, bis der Endverbraucher den Einsatz ausdrücklich untersagt* ist ersatzlos zu streichen.

7. Teilrevision der CO₂-Verordnung

Das KFN Kabelfernsehen Nidwalden AG ist von der Gesetzesvorlage weder direkt noch indirekt betroffen. Zu den vorgeschlagenen Anpassungen hat das KFN Kabelfernsehen Nidwalden AG deshalb keine Ergänzungen und Bemerkungen.

8. Teilrevision der Gebührenverordnung im Energiebereich

Das KFN Kabelfernsehen Nidwalden AG unterstützt generell, dass für die Gewährung von Bundesbeiträgen keine Gebühren erhoben werden.

Die Erhebung von Gebühren bei Geothermie-Projekten zur Steigerung der Projektqualität jedoch wird grundsätzlich unterstützt. Bei einem erfolgreichen Abschluss des Projekts ist die Gebühr zurückzuerstatten. Bei einem Projektabbruch soll der Projektersteller kein Anrecht auf Rückerstattung haben.

9. Teilrevision der Landesgeologieverordnung

Zu den vorgeschlagenen Anpassungen hat das KFN Kabelfernsehen Nidwalden AG keine Ergänzungen und Bemerkungen.

Für weitere Fragen stehen wir Ihnen gerne zur Verfügung.

Freundliche Grüsse

KFN Kabelfernsehen Nidwalden AG



Christian Bircher
Direktor



Markus Agner
Leiter Finanzen